
Besoldungsverordnung (BVO)

vom 30. Oktober 2006 (Stand 1. Januar 2017)

Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden,

gestützt auf Art. 74 der Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. vom 30. April 1995¹⁾ und Art. 73 des Personalgesetzes vom 24. Oktober 2005,²⁾

beschliesst:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen (1.)

I. Geltungsbereich (1.1.)

Art. 1 Regelungsbereich

¹ Die Verordnung regelt das Nähere zu folgenden Bestimmungen des Personalgesetzes:

- a) Lohn nach Art. 34 (Lohnbestimmung) und 35 (Lohnanpassung);
- b) Entschädigungen nach Art. 36 (Zulagen) und 37 (Spesen);
- c) weitere Leistungen nach Art. 46 (Anerkennungsprämie) und 47 (Dienstaltersgeschenk);
- d) Pikettdienst und ausserordentliche Arbeitszeit nach Art. 61.

² Der Regierungsrat legt die Abgeltung von Zulagen, Spesen, Pikettdienst und ausserordentlicher Arbeitszeit in Ergänzung zu dieser Verordnung fest. *

Art. 2 Anwendungsbereich

¹ Diese Verordnung gilt für die Angestellten des Kantons einschliesslich seiner unselbständigen Anstalten und Betriebe sowie der Gerichte. *

¹⁾ KV (bGS [111.1](#))

²⁾ PG (bGS [142.21](#))

* vgl. Änderungstabelle am Schluss des Erlasses

² Sofern keine besondere Regelung besteht, gilt diese Verordnung auch für die Angestellten von selbständigen Anstalten und Betrieben des Kantons. *

II. Lohn

(1.2.)

Art. 3 Allgemeine Bestimmungen

¹ Die Lohntabelle im Anhang 1 mit den minimalen und maximalen Werten einer Gehaltsklasse und den zugeordneten Funktionswerten ist ein integrierter Bestandteil der Verordnung. Die Gehaltsklassen beinhalten Jahreslöhne. Die Lohntabelle wird bei generellen Lohnanpassungen entsprechend nachgeführt.

² Jede Stelle wird mittels einer Funktionsbewertung einer Gehaltsklasse zugeordnet (funktionelle Lohnbestimmung). Der Lohn innerhalb der bestimmten Gehaltsklasse wird aufgrund der individuellen Lohnbestimmung festgelegt.

³ ... *

⁴ Der ordentliche Stundenlohn wird aus dem Jahreslohn geteilt durch 2184 Jahresarbeitsstunden berechnet. *

⁵ Für die ausnahmsweise Auszahlung von Überstunden nach Art. 62 Abs. 3 PG werden die Stundenteiler nach Abs. 4 angewendet. Bei den Lehrenden ist die Anzahl der Lektionen massgebend: 40 Wochen mal Lektionenzahl pro Woche. Der Betrag ergibt sich, indem der Jahreslohn durch die Anzahl der Lektionen pro Jahr geteilt wird und davon 80 % berechnet werden.

⁶ Erhalten Angestellte von Dritten oder vom Bund Lohnzahlungen, Honorare, Sitzungsgelder oder dergleichen im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgabenerfüllung oder Tätigkeit im Auftrag des Arbeitgebers, stehen diese dem Arbeitgeber zu. Ausgenommen sind Spesenvergütungen. *

Art. 4 Funktionsbewertung und funktionelle Lohnbestimmung

¹ Eine Funktionsbewertungskommission erstellt für jede Stelle eine Bewertung, abgestützt auf den Stellenbeschrieb. Im Rahmen der Funktionsbewertung werden die stellenbezogenen Anforderungen, insbesondere die fachlichen Voraussetzungen, die Prozessanforderungen, die beruflichen Rahmenbedingungen und die Ergebnisverantwortung nach einem einheitlichen System (Anhang 2) bewertet. *

² Aus der Bewertung einer Stelle ergibt sich ein Funktionswert, der die Zuordnung der Stelle zu einer Gehaltsklasse bestimmt (funktionelle Lohnbestimmung). Die Anstellungsbehörde sowie die oder der Angestellte können bei der Funktionsbewertungskommission Antrag auf eine Überprüfung stellen. *

³ Bei einer Änderung des Stellenbeschriebs aufgrund wesentlich veränderter Anforderungen ist die Funktionsbewertung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

⁴ Der Regierungsrat bestimmt die Mitglieder der Funktionsbewertungskommission. Ihr gehören an:

- a) 2 Arbeitgeber-Vertretungen
- b) 2 Angestellten-Vertretungen
- c) * eine Vertretung des Personalamtes sowie eine externe Fachperson; beide mit beratender Stimme.

⁵ Die externe Fachperson führt den Vorsitz. *

Art. 5 Individuelle Lohnbestimmung

¹ Die Anstellungsbehörde legt nach Rücksprache mit dem Personalamt im Rahmen der Anstellungsbedingungen den konkreten Lohn innerhalb einer funktionell bestimmten Gehaltsklasse fest. *

² Die Höhe des Lohnes richtet sich nach den individuellen Eigenschaften (Art. 34 PG) wie Qualifikation und Leistung der oder des Angestellten (individuelle Lohnbestimmung). Als Basis gilt der Mittelwert innerhalb einer Gehaltsklasse gemäss Lohntabelle.

³ Die Jahreslöhne werden in 13 Teilen ausbezahlt, im Monat November zwei Teile. Die Stundenlöhne werden monatlich ausbezahlt und enthalten die Anteile für Ferien, Feier- und Freitage sowie den 13. Monatslohn. Beiträge der Angestellten an die gesetzlich vorgeschriebenen Vorsorgeeinrichtungen sowie Sozial- und andere Abgaben werden vom Lohn abgezogen.

⁴ Bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses wird der 13. Monatslohn pro rata temporis ausbezahlt.

Art. 6 Abweichende Lohnbestimmung

¹ In begründeten Fällen kann die Anstellungsbehörde für die Zeit der Einarbeitung oder der Entwicklung der individuellen Eigenschaften einen Anfangslohn von bis zu 5 % unterhalb des Minimums einer Gehaltsklasse festlegen. *

² Die Anstellungsbehörde kann mit Zustimmung des Personalamtes zur Gewinnung oder Erhaltung von besonders qualifizierten Angestellten in begründeten Ausnahmefällen einen bis zu 10 % über dem Maximum einer Gehaltsklasse liegenden Lohn gewähren. *

³ ... *

Art. 7 Lohnanpassungen

¹ Individuelle Lohnerhöhungen setzen eine gute Leistung voraus. Grundlage ist die Beurteilung der oder des Angestellten durch die vorgesetzte Stelle. Die Beurteilung ist schriftlich festzuhalten. *

² Die vorgesetzte Stelle orientiert die Anstellungsbehörde auf dem Dienstweg über die Beurteilung und kann eine individuelle Lohnerhöhung für die oder den Angestellten beantragen. *

³ Die Anstellungsbehörde entscheidet im Rahmen der zur Verfügung stehenden Lohnsumme über die individuellen Lohnerhöhungen der Angestellten. *

III. Abgeltungen

(1.3.)

Art. 8 Allgemeines

¹ Der Anspruch auf Abgeltungen ist im Arbeitsvertrag festzuhalten und ergibt sich aus dieser Verordnung und den Ausführungsvorschriften. Er beginnt mit dem Monat, in dem der massgebende Sachverhalt erfüllt ist, und endet mit dem Monat, in dem die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. *

² Abgeltungen werden einzeln nach den tatsächlichen Umständen monatlich berechnet. Die Ausführungsvorschriften können monatliche Pauschalen festlegen. *

³ Bei Arbeitsverhinderung oder -unfähigkeit gilt Art. 44 PG. *

Art. 9 Pikettdienst und ausserordentliche Arbeitszeit

¹ Pikettdienst wird als Präsenzdienst oder Bereitschaftsdienst geleistet: *

- a) * Präsenzdienst liegt vor, wenn Angestellte bei Abruf sofort am Arbeitsplatz zur Verfügung zu stehen und sich darum in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes aufzuhalten haben.
- b) * Bereitschaftsdienst liegt vor, wenn sich Angestellte auf Abruf bereit zu halten haben, um innert einer vorgegebenen Frist am Arbeitsplatz zu erscheinen und die Arbeit aufzunehmen.
- c) * Bei Abruf der Arbeitsleistung während des Pikettdienstes wird für die nun beginnende Arbeitszeit keine Pikettdienst-Entschädigung oder keine Pikettdienst-Zeitgutschrift mehr gewährt.

² Angeordnete Arbeit ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeit (Überstunden), das heisst in der Nacht von 19.00 bis 07.00 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen, wird branchenüblich entschädigt. Die Ausführungsvorschriften können zusätzlich eine Zeitgutschrift von bis zu 20 % der geleisteten Arbeitszeit vorsehen. *

³ Angestellte, die aufgrund des Arbeitsvertrages zeitverschoben, in Schicht oder an Samstagen, Sonn- und Feiertagen arbeiten, erhalten keine Entschädigung, wenn sie bereits im Lohn berücksichtigt ist.

⁴ ... *

⁵ ... *

Art. 10 Zusätzliche Dienste: Funktionszulagen

¹ Mit der Übernahme einer zeitlich befristeten Zusatzfunktion kann die Anstellungsbehörde einer oder einem Angestellten eine Zulage von bis zu 15 % des Lohnes gewähren, solange die Zusatzfunktion ausgeübt wird. *

² Die Ausführungsvorschriften können monatliche Pauschalen festlegen. *

Art. 11 Ausserfamiliäre Kinderbetreuung

¹ Angestellte mit einem oder mehreren Kindern, für die sie die elterliche Sorge nach Art. 296 ff. ZGB tragen oder für die ein bewilligtes Pflegeverhältnis im Hinblick auf eine Adoption besteht, erhalten unter folgenden Voraussetzungen eine Zulage von Fr. 200.-- pro Monat und Kind bis zum 12. Altersjahr für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung:

- a) Der Beschäftigungsgrad beträgt mindestens die Hälfte eines vollen Pensums;
- b) die Betreuung eines Kindes während der Arbeitszeit kann nicht anders sichergestellt werden als durch eine ausserfamiliäre Kinderbetreuung;
- c) die Betreuung erfolgt durch eine dazu spezialisierte Einrichtung oder Person;
- d) der Kanton stellt kein eigenes oder entsprechend vergünstigtes Betreuungsangebot zur Verfügung;
- e) es werden anderweitig keine Beiträge ausgerichtet.

² Pro Kind wird nur eine Zulage gewährt. Sie wird halbjährlich gegen Nachweis der Betreuungskosten ausbezahlt. Die Anspruchsberechtigung ist von der oder dem Angestellten nachzuweisen.

Art. 12 Spesen

¹ Spesen sind Auslagen, die bei der Erfüllung dienstlicher Aufgaben anfallen wie für Reisen, Verpflegung und Unterkunft. Sie werden aufgrund der tatsächlichen Auslagen vergütet, soweit sie angemessen sind. In besonderen Fällen kann die Anstellungsbehörde im Arbeitsvertrag oder im Einzelfall eine pauschale Spesenentschädigung festlegen. *

² Bei Dienstreisen werden in der Regel die Kosten für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel entschädigt. Sofern von der zuständigen Stelle bewilligt, werden die Kosten für die Benützung privater Motorfahrzeuge entschädigt. *

³ Die Kosten für Mahlzeiten werden entschädigt, wenn sie wegen einer dienstlichen Verpflichtung auswärts eingenommen werden müssen. Für eine auswärtige Übernachtung werden die effektiven Kosten eines Mittelklassehotels vergütet, wenn eine Rückkehr zum Wohnort entweder nicht zumutbar oder teurer ist.

⁴ Spesenrechnungen sind durch die vorgesetzte Stelle zu visieren.

IV. Weitere Leistungen

(1.4.)

Art. 13 Anerkennungsprämien

¹ Der Gesamtbetrag für Anerkennungsprämien darf 0.5 % der gesamten Lohnsumme nicht übersteigen. *

² Der Regierungsrat bestimmt jährlich den Betrag, welcher der Kantonskanzlei, den Departementen und den Gerichten für die Ausrichtung von Anerkennungsprämien zur Verfügung gestellt wird. Die selbständigen Anstalten und Betriebe regeln die Zuständigkeit für die Ausrichtung von Anerkennungsprämien. *

³ Über die Ausrichtung der Anerkennungsprämie an einzelne Angestellte entscheidet die Anstellungsbehörde. Die Prämie beträgt maximal Fr. 3 000.- pro Jahr und Person. *

Art. 14 Dienstaltersgeschenk

¹ ... *

² Für die Berechnung des Dienstalters werden alle Dienstjahre beim Kanton berücksichtigt.

³ Bei Arbeitsverhinderung wegen Krankheit, Unfall, militärischen und ähnlichen Dienstleistungen von weniger als 24 Monaten sowie bezahltem Urlaub von weniger als sechs Monaten wird diese Zeit für die Berechnung der Dienstjahre mitgezählt. Bei Mutterschaft besteht keine zeitliche Einschränkung.

⁴ Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Art. 18 PG werden keine Leistungen pro rata temporis gewährt.

⁵ ... *

2. Abschnitt: Besondere Bestimmungen (2.)**I. Besondere Funktionen** (2.1.)**Art. 15**

¹ Ohne Funktionsbewertung werden in folgende Gehaltsklassen eingeteilt:

- | | | |
|------|--------------------------------------|-----------|
| a) | Ratschreiberin / Ratschreiber | Klasse 20 |
| b) * | ... | |
| c) * | Ratschreiber-Stellvertreter/in | Klasse 18 |
| d) * | Leiterin / Leiter Staatsanwaltschaft | Klasse 19 |

... * (2.2.)

Art. 16 * ...

Art. 17 * ...

III. Kantonale Lehr- und Fachpersonen (2.3.)**Art. 18** Lohnbestimmung für Lehrende an kantonalen Schulen

¹ Die Lehrenden werden ohne Funktionsbewertung folgenden Kategorien zugeteilt:

- Kategorie A: Lehrende mit akademischer und pädagogischer Ausbildung, diplomierte Lehrende an Berufsschulen und Lehrende für Bilderisches Gestalten, Musik und Sport, die Klassenunterricht erteilen und eine anerkannte pädagogische Ausbildung für die Sekundarstufe II vorweisen können.
- Kategorie B: Lehrende mit akademischer Ausbildung, die nicht über eine entsprechende pädagogische Ausbildung verfügen.
- Kategorie C: Lehrende mit Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I, Lehrende mit Fachhochschul- und pädagogischer Ausbildung, Lehrende mit Meisterprüfung bzw. höherer Fachprüfung und pädagogischer Ausbildung und Lehrende, welche Einzelunterricht erteilen.
- Kategorie D: alle übrigen Lehrenden

² Sie werden wie folgt in die Gehaltsklassen eingeteilt (funktionelle Lohnbestimmung): *

Kategorie	1. – 10. Dienstjahr: Gehaltsklasse 11
A	100%
B	97,5 %
C	95 %
D	90 %

Ab dem 11. Dienstjahr: Gehaltsklasse 15 (Minima und Maxima der Gehaltsklassen werden entsprechend gesenkt)

³ Die individuelle Lohnbestimmung richtet sich sinngemäss nach Art. 5. Der Lohn für Studienabgängerinnen und Studienabgänger einer Kategorie entspricht dem jeweiligen Minimum der Gehaltsklasse 11. Beim Wechsel in die Gehaltsklasse 15 ist der jeweilige Minimallohn oder ein bestehender höherer Lohn garantiert. *

⁴ Der Gehaltsanspruch für das 1. Semester eines Schuljahres erstreckt sich vom 1. August bis zum 31. Januar, derjenige für das 2. Semester vom 1. Februar bis zum 31. Juli.

⁵ Der Regierungsrat erlässt Weisungen über weitere Kriterien für die individuelle Lohnbestimmung sowie die Entschädigung von Stellvertretungen und besonderen Aufgaben.

⁶ Für kantonale Lehrende an Volksschulabteilungen kantonaler Schulen gemäss Schulgesetz¹⁾ richtet sich die Besoldung nach der Verordnung über die Anstellung der Lehrenden an den Volksschulen²⁾.

Art. 19 Lohnbestimmung für Fachpersonen der Logopädie und Psychomotorik

¹ Fachpersonen mit einem von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) anerkannten oder einem von ihr äquivalent beurteilten Diplomabschluss werden ohne Funktionsbewertung wie folgt in die Gehaltsklassen eingeteilt (funktionelle Lohnbestimmung):

a) 1. – 10. Dienstjahr zu 90 % der Gehaltsklasse 11

¹⁾ bGS [411.0](#)

²⁾ bGS [413.12](#)

b) 11. – 20. Dienstjahr zu 90 % der Gehaltsklasse 14

² Im Weiteren ist Art. 18 anwendbar.

IV. Kantonspolizei

(2.4.)

Art. 20 Lohnbestimmung für Polizeiangehörige

¹ Die Polizeiangehörigen werden in folgende Gehaltsklassen eingeteilt:

a)	Aspirantin/Aspirant	Klasse 4
b)	Polizistin/Polizist	Klasse 6
c)	Gefreite	Klasse 7
d)	Korporalin/Korporal	Klasse 8
e) *	Wachtmeisterin/Wachtmeister	Klasse 9
f)	Feldweibelin/Feldweibel	Klasse 10
g)	Adjutant/Adjutant	Klasse 12
h)	Polizeioffizier/ Polizeioffizier (gemäss Funktionswert)	Klasse 13–17
i)	Polizeikommandantin/ Polizeikommandant	Klasse 19

² Bei einem Wechsel in eine Funktion, die einem tieferen Dienstgrad entspricht, ist der Lohn nach der entsprechenden Gehaltsklasse neu zu bestimmen. In der Regel ist damit keine Änderung im Dienstgrad verbunden.

... *

(3.)

Art. 21 * ...

4. Abschnitt: Schlussbestimmungen

(4.)

Art. 22 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden alle ihr widersprechenden Erlasse, Bestimmungen, Regelungen, Vereinbarungen und Abmachungen aufgehoben.

² Insbesondere wird die Verordnung über Taggelder und Spesen¹⁾ aufgehoben.

³ Insbesondere werden geändert:²⁾

- a) Verordnung zum Polizeigesetz³⁾
- b) Verordnung über die Anstellungsbedingungen der Chef- und Leitenden Ärzte an den kantonalen Spitälern⁴⁾

Art. 23 Überführung der bestehenden Besoldungen

¹ Für die Überführung wird die bestehende Besoldung aufgeteilt in den Lohn und allfällige Abgeltungen nach Art. 8 ff.

² Es besteht bei der Überführung ins neue Lohnsystem grundsätzlich kein Anspruch auf eine Lohnanpassung aufgrund des Funktionswertes in die entsprechende Gehaltsklasse.

³ Ein im Spitalverbund bereits bezogener Anteil des Dienstaltersgeschenks von 1 Woche nach 5 Dienstjahren wird angerechnet.

Art. 24 Lohnbestimmung für Lehrende an kantonalen Schulen

¹ Die Lohnbestimmung für Lehrende nach Art. 18 Abs. 2 und 3 wird erstmals für die Löhne, die ab dem 1. August 2010 gelten, angewendet. In der Zwischenzeit werden die Löhne gemäss Anhang 3 als integrierter Bestandteil dieser Verordnung bestimmt. Die Lohntabelle wird bei generellen Lohnanpassungen entsprechend nachgeführt.

² Die Löhne 2009 werden bei der Überführung ins neue Besoldungssystem gemäss Anhang 1 auf den 1. August 2010 garantiert.

Art. 25 Inkrafttreten

¹ Die Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Personalgesetz in Kraft.⁵⁾

¹⁾ bGS 142.251 (If. Nr. 337)

²⁾ Die Änderungen wurden in den betreffenden Erlassen eingefügt.

³⁾ bGS [521.11](#)

⁴⁾ bGS [812.111.2](#)

⁵⁾ 1. Januar 2008 (RRB vom 20. November 2007; Abl. 2007, S. 1207)

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
30.11.2009	01.01.2010	Art. 9 Abs. 1	geändert	1136
06.12.2010	01.01.2011	Art. 15 Abs. 1, b)	aufgehoben	1178 / 2010, S. 1501
24.03.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 5	aufgehoben	1272 / 2014, S. 367
24.03.2014	01.01.2015	Art. 18 Abs. 2	geändert	1272 / 2014, S. 367
24.03.2014	01.01.2015	Art. 18 Abs. 3	geändert	1272 / 2014, S. 367
26.09.2016	01.01.2017	Art. 1 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 2 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 2 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 3 Abs. 3	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 3 Abs. 4	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 3 Abs. 6	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 4, c)	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 5	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 5 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 3	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 3	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 8 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 8 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 8 Abs. 3	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1, a)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1, b)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1, c)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 4	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 5	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 10 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 10 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 12 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 12 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 2	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 3	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 14 Abs. 1	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 1, c)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 1, d)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Titel 2.2.	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 16	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 17	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 1, e)	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Titel 3.	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 21	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 1 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 2 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 2 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 3 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 3 Abs. 4	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 3 Abs. 6	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 4, c)	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 5	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 5 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 6 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 6 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 6 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 7 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 7 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 7 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 8 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 8 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 8 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1	30.11.2009	01.01.2010	geändert	1136
Art. 9 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1, a)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1, b)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1, c)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 4	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 5	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 10 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 10 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 12 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 12 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 13 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 13 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 13 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 14 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 14 Abs. 5	24.03.2014	01.01.2015	aufgehoben	1272 / 2014, S. 367
Art. 15 Abs. 1, b)	06.12.2010	01.01.2011	aufgehoben	1178 / 2010, S. 1501
Art. 15 Abs. 1, c)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 15 Abs. 1, d)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Titel 2.2.	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 16	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 17	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 18 Abs. 2	24.03.2014	01.01.2015	geändert	1272 / 2014, S. 367
Art. 18 Abs. 3	24.03.2014	01.01.2015	geändert	1272 / 2014, S. 367
Art. 20 Abs. 1, e)	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Titel 3.	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 21	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318

Lohntabelle 2018

(Löhne 2018; mit genereller Erhöhung)

Gehaltsklasse	Funktionswerte	Jahresgehalt				Monatsgehalt (gerundete Werte)			
		Mittelwert	Minimum	Maximum	Differenz	Mittelwert	Minimum	Maximum	Differenz
1	1 - 108	53'599	42'879	64'319	21'440	4'124	3'299	4'948	1'649
2	109 - 135	57'612	46'090	69'133	23'043	4'431	3'545	5'318	1'773
3	136 - 163	61'924	50'158	73'691	23'532	4'763	3'858	5'669	1'811
4	164 - 192	66'560	53'914	79'206	25'293	5'120	4'147	6'092	1'946
5	193 - 222	71'543	58'664	84'422	25'758	5'504	4'513	6'494	1'981
6	223 - 253	76'901	63'059	90'742	27'683	5'916	4'851	6'981	2'130
7	254 - 285	82'657	68'605	96'708	28'103	6'359	5'277	7'439	2'162
8	286 - 318	88'845	73'741	103'949	30'208	6'835	5'673	7'996	2'323
9	319 - 352	95'497	80'217	110'775	30'557	7'346	6'171	8'521	2'350
10	353 - 387	102'644	86'220	119'067	32'847	7'896	6'633	9'159	2'526
11	388 - 423	110'329	93'780	126'877	33'096	8'488	7'214	9'760	2'546
12	424 - 460	118'587	100'798	136'376	35'578	9'122	7'753	10'491	2'737
13	461 - 498	127'466	108'345	146'586	38'241	9'805	8'335	11'276	2'942
14	499 - 537	137'008	116'457	157'559	41'102	10'540	8'958	12'120	3'162
15	538 - 577	147'265	125'176	169'354	44'178	11'329	9'628	13'028	3'399
16	578 - 618	158'288	134'544	182'031	47'486	12'177	10'350	14'003	3'653
17	619 - 660	170'137	144'618	195'656	51'038	13'088	11'124	15'051	3'926
18	661 - 703	182'874	155'442	210'304	54'862	14'068	11'957	16'177	4'220
19	704 - 747	196'562	167'077	226'046	58'969	15'120	12'852	17'388	4'536
20	ab 748	211'275	179'583	242'967	63'384	16'252	13'814	18'689	4'875

Gemäss RRB-2017-605 vom 12. Dezember 2017 werden die Werte 2017 (Anhang 1 BVO) per 1. Januar 2018 generell um 0.6 % erhöht.

Anhang 2

Grundsätze der Funktionsbewertung

1. Inhalt der Funktionsbewertung

Mit der Funktionsbewertung wird eine Stelle / Funktion mit den ihr zugeordneten Aufgaben, die prozessorientiert gelöst werden, beurteilt. Daraus ergibt sich ein Funktionswert, der die Grundlage für die funktionelle Lohnbestimmung gemäss der BVO ist. Die Art und Weise, wie eine Person die Aufgaben erfüllt, ist nicht Gegenstand der Funktionsbewertung, sondern der schriftlichen Beurteilung einer oder eines Mitarbeitenden, die vorzugsweise im Rahmen des Mitarbeitendengesprächs vorgenommen werden kann. Dies ist dann die Grundlage für die individuelle Lohnbestimmung gemäss der BVO.

Ausgehend von einer Aufgaben- resp. Problemstellung werden die Voraussetzungen zu deren Lösung, die Prozessanforderungen, die Rahmenbedingungen und das zu erwartende Ergebnis sowie gegebenenfalls dessen Auswirkungen beurteilt.

Die Funktionsbewertung beinhaltet die folgenden Elemente:

- a) Voraussetzungen und fachliche Fähigkeiten
Welche fachlichen Fähigkeiten (Ausbildung, Zusatzausbildung, Erfahrung) sind erforderlich, um die Aufgabe einwandfrei zu erfüllen. Massgeblich ist das erforderliche Fachwissen und nicht allein der formelle Ausbildungsweg. Dieses erforderliche Fachwissen wird nach den Aspekten: Basisvoraussetzungen für die Ausbildung, Dauer der Ausbildung und Komplexität des Fachgebietes bewertet.
- b) Prozessanforderungen
Schwierigkeitsgrad der zu lösenden Probleme anhand der einzelnen Schritte des Problemlösungsprozesses: Problemerkennung, Entwicklung von Lösungen, Auswahl und Entscheid und Umsetzung. In dieser Kriteriengruppe kommen Fragen zum Ausdruck wie: fest gegebener Ablauf/Routine oder freier Gestaltungsrahmen aufgrund einer allgemeinen Zielsetzung, Kreativitätsanforderungen, Schwierigkeit der Entscheidungsfindung, Kommunikationsfähigkeit und Einfühlungsvermögen.
- c) Rahmenbedingungen zur Aufgabenerfüllung
Beeinträchtigung durch Arbeitseinsatz ausserhalb der normalen Arbeitszeit wie: Schichtarbeit, Wochenend- oder Pikettdienst, besondere psychische Belastung oder die Übernahme besonderer Verantwortung (bspw. für Leib und Leben).

- d) Resultatverantwortung und Tragweite von Entscheidung und Ausführung
Verantwortung für das Ergebnis und die Auswirkungen der Aufgabenerfüllung oder der Führungstätigkeit.

2. Ablauf der Funktionsbewertung

Eine vom Regierungsrat bestimmte Gruppe bewertet die Funktion auf der Grundlage des Stellenbeschreibs mit Aufgaben, Problemstellung und Verantwortung. Die Funktionsbewertungsgruppe setzt sich aus je zwei Vertretern des Arbeitgebers und der Angestellten sowie einer Vertretung des Personalamtes und einer externen Fachperson, beide mit beratender Stimme, zusammen.

Die Funktionsbewertungsgruppe führt vorgängig mit der vorgesetzten Stelle ein Interview zur ergänzenden Erläuterung der Funktion resp. des Stellenbeschreibs durch. An der Bewertung selbst nehmen nur die Mitglieder der Funktionsbewertungsgruppe teil. Der resultierende Punktwert bestimmt die Zuordnung der Funktion zu einer Gehaltsklasse. Das Ergebnis der Bewertung wird der vorgesetzten Stelle mitgeteilt. Wenn sie damit nicht einverstanden ist, kann sie einen Wiedererwägungsantrag mit Begründung an die Funktionsbewertungsgruppe stellen.

3. Aufbau des Funktionsbewertungskatalogs

Die Anforderungen an eine Funktion wird bezüglich der einzelnen Elemente nach folgendem Punkteschema bewertet:

Kriterium		Gewicht	Anforderungsstufe					
			1	2	3	4	5	6
Fachliche Voraussetzungen	Ausbildung	18	23	49	78	109	143	180
	Fachausbildung	4	8	17	28	40	←	←
	Zusatzausbildung	2	7	13	20	←	←	←
	Erfahrung	7	23	47	70	←	←	←
	Fremdsprachen	2	7	13	20	←	←	←
Problemlösung	Bestimmtheit	8	10	22	35	49	64	80
	Alternativen	8	10	22	35	49	64	80
	Entscheid	8	10	22	35	49	64	80
	Realisierung	8	10	22	35	49	64	80
Rahmenbeding.	Arbeitszeit	3	8	15	23	30	←	←
	Exponiertheit	2	10	20	←	←	←	←
Verantwortung	Ausführungsverantwortung	14	18	38	61	85	112	140
	Führungsverantwortung	16	21	44	69	97	127	160
Total		100	165	344	529	687	838	1000

Lohntabelle für kantonale Lehrende für das Jahr 2018

Diese Tabelle beinhaltet die Besoldung gemäss Art. 14 Abs. 1 der Weisungen über die Kriterien zur individuellen Lohnbestimmung für Lehrende an kantonalen Schulen vom 26. Mai 2010 (bGS 142.211.3).

Die Besoldung (Jahres-Bruttogehalt inkl. 13. Monatslohn) beträgt:

Laufbahnstufe	Kategorie A	Kategorie B 97,5% Kat. A	Kategorie C 95,0% Kat. A	Kategorie D 90% Kat. A
1	93780	91436	89091	84402
2	99151	96673	94194	89236
3	104522	101909	99296	94070
4	111606	108815	106025	100445
5	114901	112029	109156	103411
6	120396	117386	114376	108356
7	122715	119647	116579	110443
8	124915	121792	118669	112424
9	126014	122863	119713	113412
10	126877	123705	120533	114189
11	136047	132646	129245	122443
12	138249	134792	131336	124424
13	140451	136939	133428	126406
14	142653	139086	135520	128388
15	144856	141235	137613	130370
16	151462	147676	143889	136316
17	153965	150116	146267	138569
18	155068	151191	147314	139561
19	155869	151972	148075	140282
20	157559	153620	149681	141803
21	158148	154195	150241	142333
22	158739	154770	150802	142865
23	159328	155345	151362	143395
24	159918	155920	151922	143926
25	160507	156495	152482	144457
26	161098	157070	153043	144988
27	161687	157645	153603	145519
28	162277	158220	154163	146049
29	162866	158795	154723	146580
30	163457	159370	155284	147111
31	164046	159945	155844	147642
32	164636	160520	156404	148172
33	165225	161095	156964	148703
34	165816	161671	157525	149234
35	166405	162245	158085	149765
36	166995	162820	158645	150295
37	167585	163395	159205	150826
38	168175	163971	159766	151358
39	168765	164545	160326	151888
40	169354	165120	160886	152419